

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

02.03.2023

Inhalt

EWN

1 Streit um Klimastiftung: Sellering belastet Schwesig und Geue <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 02.03.2023</i>	3
2 Klimastiftung MV im Bundestag: Viel Kritik an Philipp Amthor <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 02.03.2023</i>	4
3 Warnig vor Abschied bei Pipelinefirma <i>Stuttgarter Zeitung Stadtausgabe, 02.03.2023</i>	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 02.03.2023 | S. 8

 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz

SCHWERE VORWÜRFE

Streit um Klimastiftung: SELLERING belastet Schwesig und Geue

Der Vorstand der Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV widerspricht dem Finanzminister heftig: Die Landesregierung selbst habe Aufklärung rund um die Stiftung verhindert und den Fall zu einer politischen Entscheidung gemacht. Vorwürfe gibt es auch an die Ministerpräsidentin.

Nächster Akt im Streit zwischen Landesregierung und der Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV: Die Stiftung um Vorstandschef Erwin SELLERING widerspricht Finanzminister Heiko Geue (SPD) in wesentlichen Punkten. Ein Kernpunkt: Natürlich sei die Entscheidung zum Schenkungssteuerfall eine politische gewesen. Damit zieht SELLERING die Landesregierung direkt in die Sache hinein.

Geue hatte am Dienstag zum Fall die Öffentlichkeit gesucht und erklärt: Das Finanzamt Ribnitz-Damgarten habe auf eine 20-Millionen-Zuwendung von Nord Stream 2 an die Stiftung letztlich eine Schenkungssteuer in Höhe von 9,8 Millionen Euro festgelegt. Das Ministerium sei zwar involviert gewesen, habe die Entscheidung aber nicht beeinflusst. Und: Die Steuer sei zu zahlen, da die Stiftung nicht habe nachweisen können, dass die Nord-Stream-Millionen nur für Klimaschutz, nicht aber für den wirtschaftlichen Teil, also die Fertigstellung der Erdgaspipeline verwendet werden.

„Das trifft nicht zu“, reagieren SELLERING und Co. vom Stiftungsvorstand. „Es gab eine klare inhaltliche Festlegung durch Nord Stream 2, dass diese Gelder ausschließlich für Klimaschutzprojekte des gemeinwohlorientierten Bereichs bestimmt waren“, heißt es in der Erklärung vom Mittwoch. Dazu gebe es eine „schriftliche Vereinbarung“.

Schwerer Vorwurf: Das Finanzministerium habe eine frühere Aufklärung durch Befreiung vom Steuergeheimnis ausgebremst. Geue erklärte am Dienstag in Schwerin: Er habe wegen des Steuergeheimnisses nicht früher Auskunft geben können. Die Stiftung hält nun dagegen: „Nicht wir haben die Offenlegung aller

Umstände verhindert, sondern das Ministerium.“ Das Ministerium habe sich sogar „hartnäckig geweigert“, Akten zum Steuerfall einsehen zu lassen. Vom Finanzamt habe der Steuerberater der Stiftung erfahren, dass der Fall „jetzt eine politische Entscheidung“ sei. Starke Tobak. Träfe dies zu, würde Minister Geue als Lügner dastehen. Denn er hat wiederholt erklärt, dass es „keine politische Einmischung“ in den Steuerfall gegeben haben soll.

Der Vorstand um SELLERING geht noch weiter - Attacke auf Manuela Schwesig (SPD): Er berichtet von einem „Vier-Augen-Gespräch“ zwischen der Ministerpräsidentin und Nord-Stream-Chef Matthias Warnig, in dem eine „mündliche Vereinbarung“ getroffen worden sei: nämlich, dass die 20 Millionen komplett für Klimaschutz verwendet werden. „Selbstverständlich sind auch mündliche Vereinbarungen bindend.“ Damit stellt man auch fest: Schwesig habe von Beginn an über den Fall Bescheid gewusst. Die Regierung versuche von eigener Verantwortung abzulenken, indem der Stiftungsvorstand „vors Loch geschoben“ werde, heißt es weiter in der Stellungnahme.

Noch eine andere Geschichte stellt der Stiftungsvorstand anders dar: Nachdem öffentlich bekannt wurde, dass eine Finanzbeamtin die Steuererklärung der Stiftung verbrannt hatte, habe das Finanzministerium am 24. Februar 2023 bei der Stiftung eine Befreiung vom Steuergeheimnis beantragt. Frist zur Antwort: bis Montag, 27. Februar, 8 Uhr. „Offenbar in der Hoffnung, in dieser Zeit keine Freigabe zu erhalten“, unterstellt der Stiftungsvorstand. Womöglich habe Minister Geue dies in der anberaumten Pressekonferenz so darstellen wollen.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 02.03.2023 | S. 1

📄 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

👤 Axel Büsssem

Klimastiftung MV im Bundestag: Viel Kritik an Philipp Amthor

Eine von der CDU initiierte Aktuelle Stunde im Bundestag zur Klimastiftung MV geriet für die Union zum Eigentor - vor allem für Philipp Amthor. Vertreter fast aller Parteien kritisierten, die CDU in MV und Amthor hätten die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 befürwortet und auch keine Einwände gegen die Einrichtung der Stiftung gehabt.

Erik von Malottki (SPD) sagte, die Lobeshymnen der CDU für Nord Stream 2 könnten „ein kleines Buch“ füllen. „Und ganz vorne dabei war Philipp Amthor, der für Unternehmen die Türen im politischen Berlin geöffnet hat und dafür abkassieren wollte.“ Malottki spielte damit auf Amthors Lobbyarbeit für ein US-Unternehmen an, das ihm viel Kritik eingebracht hatte.

Auch Leif-Erik Holm (AfD) griff die CDU an: „Sie waren ja dabei: Die CDU im Landtag hat der Stiftungsgründung zugestimmt.“ Von der SPD forderte Holm vor al-

lem Aufklärung der Vorgänge um die Steuerakte der Stiftung.

Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch sagte: „Diese Aktuelle Stunde ist ein ziemlich durchschaubarer Versuch der Union, eine Landesregierung, ein Bundesland und eine Ministerpräsidentin zu beschädigen.“ Alle in MV hätten die Fertigstellung von Nord Stream 2 gewollt.

Es habe von der CDU keine Einsprüche gegen die „dubiose Klimastiftung“ gegeben, so Bartsch. Dubios sei das Verhalten von Philipp Amthor gewesen. „Er hat sein politisches Mandat für private Interessen missbraucht.“

Amthor selbst verglich die Vorgänge in Schwerin mit einem „Tatort“-Krimi. „Und die handelnden Akteure sind alle noch im Amt.“ Es sei daher völlig berechtigt, diese Vorgänge im Parlament zu debattieren.

Warnig vor Abschied bei Pipelinefirma

Der Deutsche hört Ende März bei Nord Stream 2 auf. Seine Nachfolge ist noch nicht geklärt.

Der engste deutsche Putin-Vertraute, Matthias Warnig (67) aus Staufeu bei Freiburg, steht vor dem Abschied als Chef der Pipelinegesellschaft Nord Stream 2. Seine Verpflichtung ende mit Ablauf des Monats März, bestätigte die im schweizerischen Kanton Zug ansässige Gesellschaft unserer Zeitung. Auf die Frage nach der Nachfolge hieß es nur, man werde „über weitere Entwicklungen rechtzeitig informieren“.

Unkommentiert ließ das Tochterunternehmen des russischen Staatskonzerns Gazprom Informationen, wonach die Besetzung des Chefpostens wegen der US-Sanktionen gegen Nord Stream Probleme bereitet. Warnig steht als einziger Deutscher im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Konflikt auf der US-Sanktionsliste. Seinem Nachfolger an der Unternehmensspitze würden offenbar ebenfalls erhebliche Einschränkungen drohen. Deswegen wird dem Vernehmen nach über eine Gremienlösung nachgedacht.

Der frühere Stasi-Agent Warnig war bereits Chef der Nord-Stream-Gesellschaft, die die erste Gaspipeline durch die Ostsee verlegt hatte. Nach deren Fertigstellung übernahm er auch die Führung bei der Nord Stream 2 AG. Kurz vor der Inbetriebnahme wurde

das Projekt wegen des Russland-Ukraine-Konflikts gestoppt. Inzwischen wurden drei von vier Röhren durch einen Sprengstoffanschlag zerstört, dessen Urheber unklar sind.

Die verschuldete Pipelinefirma stemmt sich mit Unterstützung von Gazprom derweil weiter gegen einen Konkurs. Von den einst mehr als 200 Mitarbeitern waren zuletzt noch etwa 40 beschäftigt, für technische und administrative Aufgaben. Das Kantonsgericht hat einen sogenannten Sachwalter eingesetzt, zu dessen Aufgaben es gehört, Vermögenswerte zu sichern. Er hat allerdings nur eine Art Überwachungsfunktion, die Geschäftsführung liegt weiter bei Nord Stream 2. Nach wie vor droht der Firma der Konkurs.

Mit dem Ausscheiden bei Nord Stream gibt Warnig seine letzte geschäftliche Aufgabe ab. Infolge des Russland-Ukraine-Krieges hatte er bereits alle anderen Funktionen in russischen Unternehmen niedergelegt. Er wolle sich ganz auf die Pipelinefirma konzentrieren, hieß es damals.

In Südbaden wird nun mit Spannung erwartet, ob der Manager mit seiner Familie trotz Ächtungen und Anfeindungen auch im Ruhestand dort wohnen bleibt.